

Alois Guger

Die Entwicklung der funktionellen Verteilung und der verfügbaren Einkommen seit 1970

In den letzten zwanzig Jahren gestaltete sich die Entwicklung der Weltwirtschaft turbulent. Nach zwei Jahrzehnten der Prosperität setzten in den frühen siebziger Jahren weltweit hohe Inflation und Arbeitslosigkeit sowie heftige Einbrüche in der Wachstums- und Einkommensentwicklung ein. In Österreich wuchs die Produktivität in den zwei Jahrzehnten vor der ersten Erdölkrise um rund 5% pro Jahr, die Brutto-Realeinkommen nur wenig langsamer. Seither ist der jährliche Produktivitätsfortschritt auf 2% gesunken, und die Netto-Realeinkommen stagnierten fast bis zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

Österreichs Volkswirtschaft konnte in dieser schwierigen Periode ihre Position im internationalen Vergleich erheblich verbessern. Das Produktivitätsgefälle gegenüber Westeuropa wurde vollkommen abgebaut und der Einkommensrückstand deutlich verringert (Guger, 1990A).

Perioden größerer makroökonomischer Ungleichgewichte sind in der Regel auch mit erheblichen Verschiebungen in den Verteilungsrelationen — einerseits zwischen Lohn- und Gewinn- bzw. Besitzeinkommen und andererseits zwischen Faktor- und Transfereinkommen — verbunden. Auch ändert sich die Abgabenbelastung, davon sind die Bezieher je nach Einkommensform unterschiedlich betroffen. Daher gilt es zu klären, wieweit sich der Lebensstandard und die Kaufkraft der österreichischen Bevölkerung im Durchschnitt verbessert und wie sich die relative Position der unterschiedlichen Einkommensarten verändert haben.

Diese Studie untersucht die Entwicklung der wichtigsten Komponenten des verfügbaren Einkommens in den letzten zwei Jahrzehnten anhand der Daten der Volkswirt-

Die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens ist — um Verschiebungen in der Struktur der Erwerbstätigen bereinigt — langfristig relativ stabil. Seit 1970 wuchsen das Volkseinkommen je Erwerbstätigen und der Personalaufwand je Arbeitnehmer im Durchschnitt mit derselben Rate. In den achtziger Jahren ließ die kräftige Expansion der Besitzeinkommen die Lohnquote sinken, die Gewinne der Unternehmen erholten sich erst seit 1988 deutlich. Die steigende Abgabenbelastung der Arbeitnehmer verursachte von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre eine Stagnation der Netto-Reallohne.

schaftlichen Gesamtrechnung¹⁾ Sie konzentriert sich auf drei Fragestellungen:

- den Zusammenhang zwischen der funktionellen Verteilung und der Konjunktur,
- wieweit die Bezieher einzelner Einkommensarten ihre Kaufkraftposition in dieser schwierigen Periode der Stagflation erhalten konnten,
- wie sich die Netto-Kaufkraft der Österreicher relativ zum Ausland entwickelte.

Die österreichische Einkommenspolitik ist auf eine langfristige

Konstanz der funktionalen Verteilung bedacht. Die Lohnquote, der Anteil des Bruttoentgelts für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen, weist langfristig wohl einen steigenden Trend auf, berücksichtigt man aber den wachsenden Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen

Bereinigte Lohnquote bleibt langfristig konstant

insgesamt, so bleibt die so „bereinigte“ Lohnquote langfristig relativ stabil.

Die Einkünfte aus Besitz (insbesondere Zins-, Miet- und Pächterträge) wachsen aber seit Mitte der siebziger Jahre überdurchschnittlich stark, sodaß sich innerhalb der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung eine deutliche Verschiebung zugunsten der Einkünfte aus Besitz und zu Lasten der Gewinne aus der Produktion abzeichnet. Seit 1970 stiegen die Besitzeinkommen im Durchschnitt um 14,8% pro Jahr, während die Gewinne aus Unternehmertätigkeit, also Einkünfte aus Gewerbebetrieb und unverteilte

¹⁾ Die Studie verwendet in erster Linie Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Wenn keine Quelle angegeben ist (etwa in den Abbildungen), wurden die Daten den offiziellen Statistiken des Österreichischen Statistischen Zentralamtes entnommen oder vom Zentralamt dem Autor zur Verfügung gestellt.

den Gewinnanteil am Volkseinkommen (Streibler, 1976, Walther, 1982, Guger, 1989). Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb⁴⁾ nahmen pro Jahr um 9,2% und die unverteilt Gewinne der Kapitalgesellschaften um 5,2% zu. Deutlich belebt haben sich die Gewinne aber erst mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung seit 1988.

Zusätzlich dämpften die markante Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und die Strukturkrise in der Verstaatlichten Industrie die Lohnentwicklung. Zum einen waren gerade die gut organisierten Metallbranchen, die schon aufgrund des Zeitpunktes ihres Lohnabschlusses praktisch die Lohnführerschaft übernehmen, vom Beschäftigungseinbruch in den frühen achtziger Jahren besonders betroffen. Die Forderungen der Gewerkschaften waren also maßvoll, um die Vollbeschäftigung zu erhalten. Zum anderen kommt ein Struktureffekt zum Tragen, da vom Beschäftigungsabbau in hohem Maße überdurchschnittlich entlohnte Arbeitsplätze in der Schwerindustrie betroffen waren.

Der Rückgang der Lohnquote bis 1987 resultiert also vor allem aus dem Beschäftigungseinbruch sowie der raschen Expansion der Besitzeinkommen und weniger aus der Entwicklung der Gewinne

Gewinn- und Investitionsquote klaffen auseinander

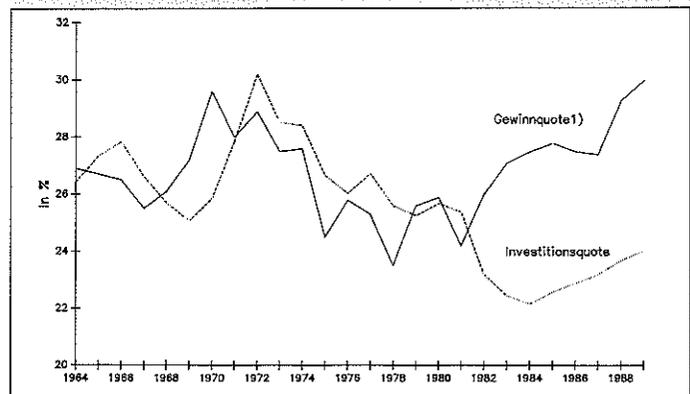
Die Verlagerung der Bedeutung vom Gewinn zu den Besitzeinkommen in den achtziger Jahren schlägt sich auch in den Sachkapitalinvestitionen nieder. Ein Vergleich der Entwicklung der Investitions- mit der Gewinnquote seit Mitte der sechziger Jahre (Abbildung 3) signalisiert in den achtziger Jahren eine markante Änderung im Investitionsverhalten: Bis dahin verliefen Gewinn- und Investitionsquote — abgesehen von ein- bis zweijährigen Verzögerungen — weitgehend parallel; seit Beginn der achtziger Jahre blieb aber die Investitionsbereitschaft deutlich hinter der Gewinnentwicklung zurück.

Dieses Bild ergänzen die Ergebnisse der Bilanzanalysen von Hahn (1990B.), wonach der Anteil des Finanzanlagevermögens von Industrieunternehmen an ihrem Gesamtvermögen zu Lasten des Sachanlagevermögens seit Mitte der siebziger Jahre rasch expandierte. Der Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme der Großunternehmen der österreichischen Industrie stieg von 11,5% 1973 auf 15,7% 1980 und seither doppelt so rasch auf 24% 1988.

Dieser Änderung im Portefeuilleverhalten mögen zum Teil langfristige Strukturaktoren und ein gewisser Trend zu relativ sicheren Finanzveranlagungen zugrunde liegen: Steindl (1990) vermutet eine zunehmende Verlagerung des Interesses der Großunternehmen von der Produktion zum Finanzgeschäft, die längerfristig die Neigung, in Sachkapital zu investieren, dämpft. Managerbeherrschte Konzerne zielen einerseits stärker auf Marktdominanz und Macht durch Fusionen und Übernahmen (oder müssen sich durch hohe Liquidität dagegen schützen) und bevorzugen andererseits angesichts unsicherer Ertragserwartungen und hoher Renditen auf dem Finanzmarkt eher weniger

Entwicklung der Gewinn- und Investitionsquote

Abbildung 3



¹⁾ Der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt ist konstant (Basis 1983).

Gewinn- und Investitionsquote entwickelten sich zwei Jahrzehnte weitgehend parallel; die gegenläufige Entwicklung Anfang der achtziger Jahre signalisiert u. a. eine Änderung im Portefeuilleverhalten der Unternehmen — eine Zunahme der Finanzveranlagung auf Kosten der Sachkapitalinvestitionen.

ertragreiche, aber sichere Finanztitel. In der angelsächsischen Literatur wird diese Problematik als „Principal-Agent-Problem“⁵⁾ und in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Titel „Boom ohne Arbeitskräfte“ (Welzk, 1986) diskutiert.

Die deutliche Zunahme der Finanzveranlagung Anfang der achtziger Jahre dürfte aber unmittelbar darauf zurückgehen, daß sich mit der Verlangsamung des Wachstums und mit der Strukturkrise das Risiko, in Sachanlagen zu investieren, deutlich vergrößert hat, während die Rendite auf den Finanzmärkten historische Höchstwerte erreichte.

Mit der hohen Rendite auf den Finanzmärkten verschob sich Anfang der achtziger Jahre auch das Portefeuilleverhalten der Großunternehmen der Industrie zu umfangreicheren Finanzveranlagungen. Zum Unterschied von den Jahren zuvor sank daher die Investitionsquote trotz einer deutlich steigenden Gewinnquote und erholt sich nur zögernd.

Diese Änderung im Portefeuilleverhalten der Produktionsunternehmen hin zur Veranlagung auf den Finanzmärkten half den Unternehmen ein bestimmtes Ertragsniveau zu sichern, dämpfte real aber die Investitionstätigkeit und damit das Wachstums- und Beschäftigungsniveau. Da die Sachkapitalrendite im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch ist wie die Finanzkapitalrendite (Hahn, 1990B.; Abbildung 3), wurde dadurch auch das Niveau der Gewinne gesenkt.

Also ist die sinkende Lohnquote in den achtziger Jahren nicht das Resultat einer außerordentlichen Belebung der operativen Gewinne, sondern kann — ebenso wie die kräftige Ausweitung der Besitzeinkommen — in hohem Maße aus dem geänderten Portefeuilleverhalten der Un-

⁴⁾ Da sich die steuerpflichtigen Gewinne weniger günstig entwickelten, wurde die Erholung der Gewinne laut VGR zunächst bezweifelt; außerdem wurde Kritik an der Verbuchung der Kapitalzuführungen an die Verstaatlichte Industrie laut (zu diesen Fragen siehe Kramer 1988, Peter 1986). Die Erholung der Gewinnlage wird ferner durch die Cash-flow-Analysen des WIFO bestätigt (vgl. Hahn, 1990A).

⁵⁾ Vgl. Bayer (1988) auch zur Bedeutung für Österreich

ternehmen erklärt werden. Höhere Investitionen in Sachkapital hätten neben einem rascheren Wachstum auch ein höheres Beschäftigungsniveau und höhere Gewinne erwarten lassen

Die überproportionale Ausweitung der Besitzeinkommen führt die Unzulänglichkeit der groben Unterscheidung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen im Rahmen der funktionellen Verteilungsanalyse vor Augen: Einerseits gewinnen mit wachsendem Wohlstand auch die Besitzeinkommen der Haushalte von Arbeitnehmern und Pensionisten an Bedeutung; andererseits haben in diesem Jahrzehnt auch die Finanzanlagen der Unternehmen sehr kräftig zugenommen. Aus Veränderungen der Lohn- bzw. Gewinnquote kann daher noch nicht unmittelbar auf die Verteilung zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmerhaushalten bzw. auf die Gewinnsituation in der Wirtschaft geschlossen werden. Dazu muß die Änderung der Struktur der Nichtlohneinkommen berücksichtigt werden

Abgaben auf Lohneinkommen kräftig gestiegen

Der Einfluß des Staates auf die Entwicklung der Einkommen nahm im Untersuchungszeitraum merklich zu. Die Einbrüche der Konjunktur nach den zwei Erdölkrisen, die eine erhebliche Beanspruchung des sozialen Netzes zur Folge hatten, schlugen sich sowohl in den Sozialbudgets als auch in der Abgabenbelastung der Arbeitnehmer deutlich nieder

In den frühen siebziger Jahren, der Zeit der Hochkonjunktur, blieb die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer unverändert; die Nettoeinkommen stiegen mit +14,9% pro Jahr gleich rasch wie die Bruttolöhne. Die Ansprüche an den Sozialstaat waren problemlos zu finanzieren, da die Pensionszugänge deutlich hinter dem Beschäftigungswachstum und die Pensionszahlungen mit rund +13% pro Jahr hinter der Entwicklung der Lohnsumme zurückblieben

Nach dem Konjunktur einbruch 1975 und in den frühen achtziger Jahren mündeten die zunehmenden Schwierigkeiten der Finanzierung des Sozialstaates in einer raschen Öffnung der Schere zwischen der Brutto- und Nettoeinkommensentwicklung. Die Sozialversicherungsbeiträge stiegen von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre deutlich kräftiger als die Löhne; die Bruttoentgelte, die sich von den Bruttolöhnen im wesentlichen durch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung unterscheiden, wuchsen in dieser Periode mit +7,3% pro Jahr um 1/2 Prozentpunkt rascher als die Bruttolöhne (+6,8%). Da auch die Sozialabgaben der Arbeitnehmer und die Lohnsteuerquote stiegen, lag die Entwicklung der Netto-Lohnsumme mit einem Zuwachs von 5,7% pro Jahr noch um gut 1 Prozentpunkt darunter (Übersicht 2).

Dynamischer entwickelten sich in dieser Periode die Transferleistungen der öffentlichen Hand. In den Pensionsaufwendungen und den Arbeitslosengeldern wirkte sich rasch die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage aus: Die ASVG-Pensionszahlungen nahmen über die ganze Dekade im Durchschnitt um 2 1/4 Prozentpunkte pro Jahr und die öffentlichen Pensionen um 2 Prozentpunkte rascher zu als die Brutto-Lohnsumme. Auch die Aufwendungen für Arbeitslosengeld expandierten infolge der stark steigenden

Entwicklung der verfügbaren Einkommen Übersicht 2 der privaten Haushalte

	1970/ 1980	1980/ 1989	1970/ 1975	1975/ 1980	1980/ 1985	1985/ 1989
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit						
Lohn- und Gehaltssumme	+12 0	+ 5 4	+15 0	+ 9 1	+ 5 6	+ 5 1
Brutto	+11 7	+ 5 2	+14 9	+ 8 5	+ 5 2	+ 5 1
Netto	+10 9	+ 5 2	+14 9	+ 7 0	+ 4 4	+ 6 1
Transferzahlungen						
ASVG-Pensionen	+11 7	+ 7 5	+13 1	+10 3	+ 8 9	+ 5 8
Öffentlicher Ruhegenuß	+11 0	+ 6 9	+12 4	+ 9 7	+ 8 0	+ 5 6
Arbeitslosengelder	+17 8	+13 5	+15 9	+19 8	+20 4	+ 5 5
Netto-Masseneinkommen	+11 3	+ 5 6	+14 5	+ 8 2	+ 5 5	+ 5 8
Persönlich verfügbare Einkommen						
Brutto	+11 1	+ 6 3	+12 6	+ 9 6	+ 6 8	+ 5 6
Netto	+10 2	+ 6 4	+11 9	+ 8 6	+ 6 5	+ 6 3
Real	+ 3 7	+ 2 7	+ 4 4	+ 3 0	+ 1 3	+ 4 5

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

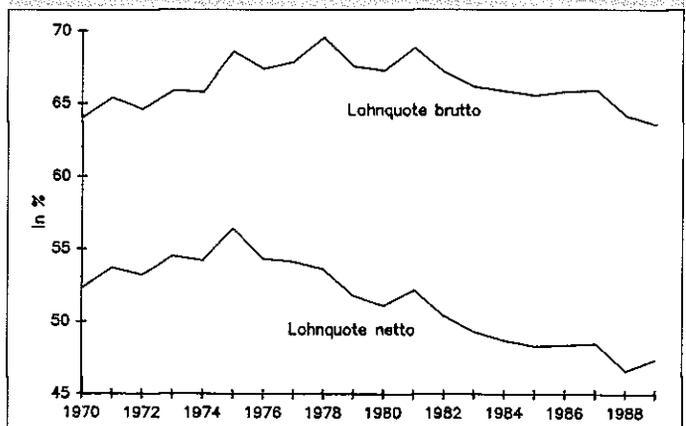
Arbeitslosigkeit im Durchschnitt um 20% pro Jahr. Aufgrund dieser deutlichen Ausweitung der Transferleistungen nahmen auch die Netto-Masseneinkommen (Nettolöhne plus Transfers) um etwa 1 Prozentpunkt pro Jahr rascher zu als die Nettolöhne

Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich die Abgabenbelastung nicht mehr erhöht. Die Sozialabgabenquote blieb

Die Finanzierung der sozialen Sicherheit verursachte in den Jahren der Wachstumsverlangsamung eine kräftige Erhöhung der Abgabenbelastung der Arbeitnehmer. Die bereinigte Netto-Lohnquote sank damit deutlich unter das Niveau von 1970.

stabil, und die Lohnsteuerquote sank dank den jüngsten Einkommensteuerreformen 1987 und 1989 spürbar: Daher stiegen die Nettolöhne mit +6,1% pro Jahr um 1 Prozentpunkt stärker als die Bruttolöhne; allein 1989 erhöhte sich

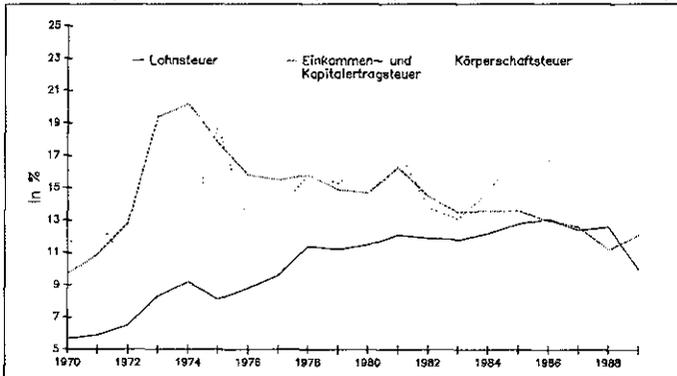
Bereinigter Lohnanteil am Volkseinkommen¹⁾ Abbildung 4
Brutto- und Netto-Lohnquote



¹⁾ Der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt ist konstant (Basis 1970). Während die bereinigte Brutto-Lohnquote langfristig relativ stabil ist, schlug sich die wachsende Belastung der Arbeitnehmer durch Abgaben seit 1975 in einem deutlichen Rückgang der Netto-Lohnquote nieder.

Entwicklung der Steuerquoten

Abbildung 5



Der Anteil der Lohnsteuerleistung an den Bruttolöhnen und Pensionen ist seit 1970 stark gestiegen, die Quote der veranlagten Einkommensteuer (einschließlich der Kapitalertragsteuer) dagegen sinkt seit den Steuerreformen zu Beginn der siebziger Jahre tendenziell. Die Quote der Körperschaftsteuer ist langfristig ziemlich konstant.

die Netto-Lohnsumme mit +10,8% um 4,2 Prozentpunkte stärker als die Brutto-Lohnsumme

Überdurchschnittlich entwickelten sich seit dem Konjunkturunbruch Mitte der siebziger Jahre die Einkommen aus Besitz und Unternehmung. Während die Netto-Maseneinkommen im Durchschnitt um 6½% pro Jahr zunahm, stiegen die persönlich verfügbaren Einkommen — sie enthalten auch die Nettoeinkommen der Haushalte aus Gewinn und Unternehmertätigkeit — um 7,2%. Da Beszeinkommen Haushalten mit höherem Einkommen überproportional zufließen und auch eine Ausweitung der Lohndifferenziale zwischen den Branchen sowie zwischen Arbeitern und Angestellten festzustellen ist (Guger, 1990B), dürfte die Verteilung der Haushaltseinkommen eher weniger gleichmäßig geworden sein.

Die infolge der Konjunkturunbrüche Mitte der siebziger und in den frühen achtziger Jahren gesteigerten Aufwendungen des Sozialstaates erhöhten die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer deutlich. Der Anteil der Nettolöhne am Volkseinkommen (bereinigte Netto-Lohnquote) ist seit 1975 von etwa 56,4% auf 47,4% gesunken (Abbildung 4).

Die Lohn- und die Einkommensteuerquote entwickeln sich seit Mitte der siebziger Jahre gegenläufig⁶⁾: Während die Lohnsteuerquote deutlich gestiegen ist, ist der Anteil der Steuerleistung auf veranlagte Einkommen seit 1974 stark zurückgegangen. Der kräftige Einbruch der Einkommensteuerleistung seit Mitte der siebziger Jahre geht vor allem auf die Einführung der Individualbesteuerung, die Anerkennung der Familiendienstverhältnisse und die zunehmende Bedeutung der Firmenkonstruktion als GmbH & Co KG zurück.

In den achtziger Jahren dürfte das Gewicht der Kapitalerträge, die sich einer Veranlagung weitgehend entziehen — das konnte offenbar nicht durch die Kapitalertragsteuer ausgeglichen werden —, die Einkommensteuerquote

gedrückt haben. Seit 1970 ist der Anteil des Lohnsteueraufkommens an den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Pensionen von 5,7% auf 13,1% im Jahr 1986 gestiegen. Erst die jüngsten Steuerreformen brachten vorerst eine spürbare Entlastung, die Lohnsteuerquote ging 1989 auf 10% zurück.

Die Einkommensteuerquote (einschließlich der Kapitalertragsteuer)⁷⁾ war in den frühen siebziger Jahren von knapp 9,7% (1970) auf 20,2% (1974) emporgeschleunigt, seither sank sie fast kontinuierlich auf 11,2% 1988, stieg mit der jüngsten Steuerreform aber auf 12,1%. Auch dieser Effekt ist nur temporär und geht in erster Linie auf die Abschaffung der vorzeitigen Abschreibung und die verzögerte Anpassung an die neue Gesetzeslage zurück. Schon heute ist sowohl für die Lohnsteuer- als auch die Einkommensteuerquote mit einer Fortsetzung des bisherigen Trends zu rechnen (Abbildung 5).

Kaufkraft der Arbeitnehmer stagnierte zwischen 1975 und 1985

Die Änderungen in der funktionellen Verteilung schlagen sich in den Pro-Kopf-Verdiensten nieder. Für die Arbeitnehmer hat sich der Zuwachs der Leistungseinkommen in den achtziger Jahren gegenüber den siebziger Jahren halbiert.

Der eigentliche Bruch in der Entwicklung vollzog sich aber mit der tiefen Rezession 1975 im Anschluß an die erste Erdölkrise. Waren vorher die Netto-Realeinkommen pro Kopf noch jährlich im Durchschnitt um 5% gestiegen, so stagnierten sie im folgenden Jahrzehnt und erholten sich erst wieder seit 1985 (Übersicht 3).

Nach den verfügbaren Daten dürfte die Kaufkraft der Industrieangestellten unverändert geblieben sein. Ihre Gehälter nahmen zwischen 1980 und 1985 mit +6,9% pro Jahr um knapp 1½ Prozentpunkte stärker zu als die Löhne der Arbeiter oder die Leistungseinkommen in der Gesamtwirtschaft. Die Unterschiede zwischen Angestellten- und Arbeiterverdiensten haben sich damit vergrößert. 1970 waren die Monatsverdienste der Arbeiter um 39,2% niedriger gewesen als jene der Angestellten, seither ist der Abstand auf 41,5% im Jahr 1989 gestiegen⁸⁾.

Eine Trennung in Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst läßt sich nach den verfügbaren Beschäftigungsdaten nur sehr grob durchführen; nach einer vorsichtigen Interpretation dürften sich die Gehälter im öffentlichen Dienst zur Zeit der Wachstumsverlangsamung weniger abgeschwächt haben, sie steigen aber auch seither weniger stark. Über die gesamte Periode dürften sich die Einkommen im privaten und im öffentlichen Sektor relativ einheitlich entwickelt haben.

Wie der Pensionsaufwand insgesamt, so sind auch die Pensionen pro Kopf seit Mitte der siebziger Jahre rascher gestiegen als die Leistungseinkommen. Nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug der Ab-

⁶⁾ Bis zu einem bestimmten Grad ergeben sich aus der Tarifgestaltung und der Struktur der Steuerpflichtigen gegenläufige Tendenzen: Wegen der einheitlichen Tarifstruktur ist die Aufkommenselastizität der Lohnsteuer größer, da ein relativ größerer Teil lohnsteuerpflichtiger Einkommen in die Zone hoher Progression wächst, während die Einkommen eines größeren Teils der Einkommensteuerpflichtigen bereits den höchsten Grenzsteuersatz erreicht haben und ab diesem Niveau proportional besteuert werden.

⁷⁾ Veranlagte Einkommen- und Kapitalertragsteuer, in Prozent der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, freiberuflicher Tätigkeit, Gewerbebetrieb und Besitz (ohne Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die auch Imputationen enthalten).

⁸⁾ In der Industrie der BRD war Anfang der achtziger Jahre der Unterschied zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Angestellten um 10 Prozentpunkte niedriger als in Österreich (Guger, 1990B).

Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen Übersicht 3

	1970/ 1980	1980/ 1989	1970/ 1975	1975/ 1980	1980/ 1985	1985/ 1989
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Volkseinkommen je						
Erwerbstätigen	+ 9,6	+ 5,9	+11,1	+ 8,2	+ 6,4	+ 5,1
Bruttoentgelt je						
Arbeitnehmer	+10,2	+ 5,2	+12,7	+ 7,8	+ 5,9	+ 4,3
Brutto-Leistungseinkommen						
pro Kopf	+ 9,9	+ 5,0	+12,6	+ 7,2	+ 5,5	+ 4,3
Industrie	+10,6	+ 5,4	+13,7	+ 7,6	+ 6,2	+ 4,3
Arbeiter	+10,4	+ 4,8	+13,4	+ 7,4	+ 5,6	+ 3,9
Angestellte	+ 9,9	+ 5,8	+12,4	+ 7,5	+ 6,9	+ 4,4
Netto-Leistungseinkommen						
pro Kopf	+ 9,1	+ 5,0	+12,5	+ 5,8	+ 4,7	+ 5,3
Pensionen pro Kopf						
Öffentlicher Ruhegenuß	+10,7	+ 5,8	+12,2	+ 9,2	+ 6,8	+ 4,5
ASVG-Pensionen	+10,2	+ 5,7	+11,5	+ 8,9	+ 6,7	+ 4,4
Ausgleichszulagen	+10,5	+ 4,4	+12,2	+ 8,9	+ 5,3	+ 3,3
Netto-Realeinkommen pro Kopf						
Leistungseinkommen	+ 2,6	+ 1,3	+ 5,0	+ 0,3	- 0,4	+ 3,4
Masseneinkommen ¹⁾	+ 3,2	+ 0,9	+ 4,9	+ 1,5	- 0,6	+ 2,7
Persönliche Einkommen ²⁾	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,0	+ 3,2	+ 1,5	+ 3,7
Inflation	+ 6,3	+ 3,7	+ 7,2	+ 5,4	+ 5,2	+ 1,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
— ¹⁾ Unselbständig Erwerbstätige und Pensionisten — ²⁾ Persönlich verfügbare Einkommen (Lohn- und Gehaltssumme Transfers und Einkünfte der Haushalte aus Besitz und Unternehmung) je Einwohner

1980 real jährlich um 3,2%, zwischen 1980 und 1985 um 1,5% stiegen. Aus demselben Grund konnten nur jene Haushalte durchgehend ihre Kaufkraft deutlich steigern, die in nennenswertem Ausmaß über Besitzeinkommen verfügten.

Allerdings ist zum einen eine klare Abgrenzung zwischen Haushalts- und Unternehmenssektor nicht möglich — ein bedeutender Teil der Besitzeinkünfte fließt an Unternehmen —, zum anderen enthalten die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung auch imputierte Mieten, die nicht wirklich gezahlt wurden

Internationaler Vergleich der Einkommensentwicklung

Österreichs Wirtschaft hat sich in der schwierigen Periode der letzten zwei Jahrzehnte relativ günstig entwickelt und braucht im Hinblick auf die wichtigsten makroökonomischen Ziele, wie Beschäftigungsgrad, Preis- und Währungsstabilität sowie Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum, einen Vergleich mit den anderen Industriestaaten nicht zu scheuen (Blaas — Guger, 1985, Guger, 1990C)

Der beschäftigungspolitische Erfolg in den siebziger Jahren wird vielfach auf die hohe Reallohnflexibilität (Biffel — Guger — Pollan, 1987, Knöbl, 1990) der österreichischen Wirtschaft zurückgeführt. Konnte die österreichische Volkswirtschaft auch mit der internationalen Einkommensentwicklung Schritt halten, oder wurde das hohe Beschäftigungsniveau durch Einkommenseinbußen erkauft?

Österreich liegt, gemessen an der realen Entwicklung der persönlich verfügbaren Einkommen, international weit vorne; die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer stiegen dagegen nur durchschnittlich.

Gemessen an den persönlich verfügbaren Einkommen ergibt sich im Vergleich mit den wichtigsten Industrieländern für Österreich der höchste Zuwachs der Kaufkraft je Einwohner seit 1970: Real stiegen die persönlich verfügbaren Einkommen je Einwohner im Durchschnitt der siebziger Jahre um 3,6%, zwischen 1980 und 1988 um 2,3% pro Jahr. Nur Kanada verzeichnete in den siebziger Jahren mit +4% eine höhere Rate.

Österreich konnte damit in dieser schwierigen Periode gegenüber den „reichen“ Nachbarstaaten Schweiz und BRD spürbar aufholen: Vor allem in den siebziger Jahren blieb die Realeinkommensentwicklung in der Schweiz deutlich zurück (+1,4% pro Jahr; in den achtziger Jahren +1,9%). In der BRD fiel der Zuwachs in der ersten Periode mit 3% um gut ½ Prozentpunkt und in der zweiten mit 1,4% um fast 1 Prozentpunkt geringer aus als in Österreich.

In den achtziger Jahren wuchsen die Einkommen mit Ausnahme der USA und der Schweiz in allen Ländern real deutlich schwächer als in den siebziger Jahren, in Großbritannien etwa gleich rasch. Am stärksten expandierten sie im Durchschnitt der Beobachtungsperiode neben Österreich in Finnland, Japan und Kanada vor Italien, Großbritannien und der BRD, am schwächsten in Schweden, den USA und der Schweiz.

Im Vergleich der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer

stand in den späten siebziger Jahren 2 Prozentpunkte und in den frühen achtziger Jahren 1¼ Prozentpunkte — mit einem leichten Vorsprung des öffentlichen Ruhegenusses

Diese höheren Steigerungsraten der Pensionseinkommen bedeuten jedoch nicht, daß die individuellen Pensionsleistungen in diesem Zeitraum stärker zunahmten als die Leistungseinkommen. Vielmehr wurde inzwischen die Anpassung der ASVG-Pensionen an die Lohn- und Preisentwicklung insofern verlangsamt, als auch die Änderung der Arbeitslosigkeit in die Berechnung des Pensionsanpassungsfaktors eingeht. Der öffentliche Ruhegenuß ist davon nicht betroffen, da er an das Gehaltsgesetz gebunden ist. Die höheren Steigerungsraten erklären sich aus einem Struktureffekt: Unter den Neuzugängen erreichen immer mehr Pensionisten die volle Zahl der anrechenbaren Versicherungsjahre, und deshalb steigen die neu zuerkannten Pensionen überproportional.

Für die Ausgleichszulagenempfänger ist dieser Struktureffekt nicht von Bedeutung; ihre Kaufkraft blieb zwischen 1980 und 1985 zumindest erhalten, im Durchschnitt der achtziger Jahre ging aber der Vorsprung gegenüber den Aktiven verloren.

Ein Vergleich der Netto-Realeinkommen zeigt, wie sich die relative Position der verschiedenen Einkommensarten entwickelt hat: In den frühen siebziger Jahren nahmen die Netto-Leistungs- und die Transfereinkommen mit jährlich rund +5% weitgehend einheitlich zu; die Einkünfte aus Besitz und Unternehmertätigkeit blieben um 1 Prozentpunkt pro Jahr zurück (Übersicht 3).

Berücksichtigt man den Struktureffekt in der Steigerungsrate der Pensionen, so stagnierten die Leistungs- und Transfereinkommen zwischen 1975 und 1985. Die Einkünfte der Haushalte aus Besitz und Unternehmen nahmen jedoch in dieser Periode zu, sodaß die persönlich verfügbaren Einkommen je Einwohner zwischen 1975 und

Internationaler Vergleich der Entwicklung *Übersicht 4* der real verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen

	Persönlich verfügbare Einkommen je Einwohner		Nettoverdienst je Industriearbeiter mit 2 Kindern ¹⁾
	1970/1980	1980/1988	1979/1988
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Österreich	+3,6	+2,3	+0,5
Finnland	+3,3	+2,1	+1,5
Japan	+3,3	+2,1	+1,1
Großbritannien	+2,2	+2,1	+1,5
Schweiz	+1,4	+1,9	+1,0
USA	+1,3	+1,9	-0,7
Italien	+3,1	+1,6	+1,8
BRD	+3,0	+1,4	+0,6
Kanada	+4,0	+1,3	-0,7
Spanien	+2,4	+1,3	+0,3
Dänemark		+1,3	-0,5
Frankreich	+2,9	+1,1	+0,2
Schweden	+1,9	+1,1	-0,2
Norwegen		+0,9	+0,9
Belgien	+3,3	+0,8	-0,3
Griechenland	+3,3	+0,8	+2,1

Q: OECD National Accounts, Paris (WIFO-Datenbank); OECD, The Tax/Benefit Position of Production Workers, Paris, 1986, 1989. — ¹⁾ Nettoverdienst eines alleinverdienenden Industriearbeiters mit zwei Kindern einschließlich der Familienbeihilfen

schneidet Österreich weniger günstig ab, aber durch ihre höhere Abgabenleistung haben die Arbeitnehmer Pensions- und andere Ansprüche erworben. Der reale Zuwachs des durchschnittlichen Nettoeinkommens eines Industriearbeiters (Alleinverdiener mit zwei Kindern) — einschließlich der Familienbeihilfen — lag in Österreich

Die persönlich verfügbaren Einkommen je Einwohner haben seit 1970 in Österreich um 71%, in der BRD um 51% und in der Schweiz um 34% zugenommen.

zwischen 1979 und 1988 mit 0,5% im internationalen Durchschnitt. (Aus der Tax-Benefit-Position-Analyse der OECD stehen Daten für Industriearbeiter seit 1979 zur Verfügung.) Da das Wachstum der Nettoeinkommen der Industriearbeiter in Österreich in diesem Zeitraum etwa jenem der Netto-Leistungseinkommen der Unselbständigen entsprach, dürfte damit die Entwicklung der Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer insgesamt realistisch erfaßt sein.

Unter den Industrieländern erzielten die Arbeitnehmer in Italien (+1,8%), Finnland und Großbritannien (jeweils +1,5%) sowie in Japan, der Schweiz und Norwegen überdurchschnittliche Realeinkommensverbesserungen, während sie in den USA, in Kanada, Dänemark, Belgien und Schweden spürbare Kaufkräfteinbußen hinnehmen mußten. In der BRD entsprach die Rate mit +0,6% wie in Österreich dem internationalen Durchschnitt.

Der große Unterschied zwischen der Entwicklung der persönlich verfügbaren Einkommen und jener der Nettoverdienste der Arbeitnehmer erklärt sich in Österreich zum einen aus der kräftigen Zunahme der Einkünfte aus Besitz und Unternehmen — vor allem aufgrund der Expansion der Erträge aus Finanzanlagen sowie aus Vermietung und Verpachtung —, zum anderen aus der unterschiedlichen Abgabenbelastung. Während gerade die sehr dynamisch zunehmenden Finanzerträge weitgehend keiner Besteuerung unterliegen, haben für die Arbeitnehmer

sowohl die Sozialabgaben- als auch die Lohnsteuerquote deutlich zugenommen.

In Ländern mit geringerem sozialen Schutz oder einer breiteren Basis der Finanzierung des Systems der sozialen Sicherheit und der Besteuerung sind die Unterschiede in der Entwicklung der persönlich verfügbaren Einkommen und der Nettolöhne entsprechend geringer. So werden etwa in der Schweiz Kapitalerträge (selbst imputierte Mieten) in der Einkommensteuer voll erfaßt, während andererseits die soziale Absicherung in höherem Maße der privaten Vorsorge überantwortet bleibt.

Zusammenfassung

Die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens auf Einkünfte aus Besitz und Unternehmertätigkeit und Lohn-einkommen ist in Österreich — um Verschiebungen in der Struktur der Erwerbstätigen bereinigt — langfristig relativ stabil. Seit 1970 haben die Brutto-Lohneinkommen je Arbeitnehmer (einschließlich Soziallohn) mit +7,8% pro Jahr gleich stark zugenommen wie das Volkseinkommen je Erwerbstätigen. Da aber die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist, ist der Netto-Lohnanteil gesunken.

Kurzfristig schwankt jedoch die Lohnquote stark mit der Konjunktur. Die Gewinne wachsen im Aufschwung mit zunehmender Kapazitätsauslastung rascher als die Löhne und sinken im Abschwung rascher, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen weist somit ein antizyklisches Muster auf. In den achtziger Jahren war dieser zyklische Verlauf der Lohnquote vor allem von der starken Expansion der Besitzeinkommen überlagert; während die Einkünfte aus Finanzanlagen sowie aus Vermietung und Verpachtung deutlich zunahm, erholten sich die operativen Gewinne nur zögernd. Die hohen Erträge auf den Finanzmärkten drückten die Neigung, in Sachkapital zu investieren, sodaß trotz steigender Gewinnquote die Investitionsquote sank.

Außerdem dämpften der Beschäftigungseinbruch und die Strukturkrise in der Eisen- und Stahlindustrie die Lohnentwicklung spürbar.

Der Rückgang der Lohnquote in den achtziger Jahren geht also weniger auf eine Belebung der operativen Gewinne als auf die kräftige Expansion der Besitzeinkommen und die empfindliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zurück. Die Unternehmensgewinne zogen dagegen erst mit dem kräftigen Aufschwung seit 1988 stärker an.

Die Reallöhne je Arbeitnehmer sind seit 1970 im Durchschnitt pro Kopf brutto um 2,4% gestiegen, etwa gleich stark wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität (+2,5%). Das reale Lohnwachstum betrug netto 2,0%.

In den frühen siebziger Jahren blieb die Abgabenbelastung der Lohnbezieher konstant, die Brutto- und Nettolöhne stiegen mit gleicher Rate.

Seit dem tiefen Konjunkturerinbruch Mitte der siebziger Jahre haben aber die wachsenden Finanzierungserfordernisse des Sozialstaates die Abgabenbelastung deutlich erhöht, sodaß die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zwischen 1975 und 1985 real stagnierten. Auch die Pensionisten erzielten in diesem Zeitraum keine Kaufkraftgewinn-

ne. Nur die Einkünfte aus Besitz und Unternehmertätigkeit entwickelten sich überdurchschnittlich, die persönlich verfügbaren Einkommen je Einwohner nahmen somit jährlich um 2,3% zu

Seit 1985 steigen die Nettoeinkommen in Österreich real wieder für alle Einkommenskategorien (im Durchschnitt pro Jahr + 3½%).

Im internationalen Vergleich bietet die österreichische Einkommensentwicklung ein gespaltenes Bild: Das reale Wachstum der persönlich verfügbaren Einkommen je Einwohner übertraf in den achtziger Jahren mit 2,3% pro Jahr das der anderen Industrieländer, die reale jährliche Zunahme der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer von 0,5% entsprach dem internationalen Durchschnitt. Diese unterschiedliche Entwicklung erklärt sich zum einen aus der stärkeren Expansion der Besitzeinkünfte, zum anderen aber auch aus dem Umstand, daß ein großer Teil davon keiner Besteuerung unterliegt, während die Abgabenquote auf die Lohneinkommen stieg.

Literaturhinweise

Bayer, K. Sind österreichische Industrieunternehmen eigentümer- oder managerbeherrscht? WIFO-Monatsberichte 1988 61(10)
Blaas, W. Guger, A. Arbeitsbeziehungen und makroökonomische Stabilität im internationalen Vergleich, in Gerlich, P. et al. (Hrsg.) Sozialpartnerschaft in der Krise. Böhlau, Wien 1985 S. 255-277

Biffi, G. Guger, A. Pollan, W. The Causes of Low Unemployment in Austria. The University of Buckingham Occasional Papers in Employment Studies 1987, (7)
Guger, A. Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich, in Abele, H., Nowotny, E., Schleicher, St. Winckler, G. (Hrsg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik 3. Auflage. Manz, Wien, 1989
Guger, A. (1990A). „Einkommens- und Produktivitätsgefälle gegenüber Westeuropa verringert Reallohnspielraum und Lohnkosten in der Gesamtwirtschaft“ WIFO-Monatsberichte 1990 63(2) S. 74-78
Guger, A. (1990B). Verteilungspolitik als Strukturpolitik“ in BEIGEWUM. Memorandum-Gruppe (Hrsg.) Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik. Wien-Bremen, 1990 S. 94-104
Guger, A. (1990C). Corporatism: Success or Failure? Austrian Experiences“ WIFO Working Papers, 1990 (36).
Hahn, F. (1990A). „Cash-flow der Industrie erreichte 1989 Rekordwert“ WIFO Monatsberichte, 1990 63(1) S. 30-36
Hahn, F. (1990B). Portefeuilleverhalten von Großunternehmen der Industrie“. WIFO-Monatsberichte 1990 63(7)
Knöbl, A. „Europe: Why Does Unemployment Differ?“ WIFO Working Papers 1990 (38)
Kramer, I. „Diskrepanzen zwischen verschiedenen Gewinnkonzepten in Österreich“ in Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.) „Österreichs Volkseinkommen 1987“ Beiträge zur Österreichischen Statistik, 1988 (918), S. 279-295
Peter, W. Defizit = Gewinn? Wirkliche und bloß vermeintliche Tücken der Volkseinkommensrechnung“ Finanznachrichten 1986 (41)
Steindl, J. „From Stagnation in the 1930s to Slow Growth in the 1970s“, in Berg, M. (Hrsg.) Political Economy in the Twentieth Century. Philip Allan, New York, 1990, S. 97-115
Streibler, E. „Sozialpartnerschaft und Gewinne“ Wirtschaftspolitische Blätter, 1976, 23(4), S. 40-50.
Walther, H. „Die Paritätische Kommission im Dienste der Beschäftigungsstabilisierung“. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1982, 11(3)
Welz, S. Boom ohne Arbeitskräfte. Kiepenheuer, Witsch, Köln, 1986